

Hansestadt Stendal, 02.02.2017

Niederschrift über die öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses

Tag der Sitzung: Dienstag, 08.11.2016

Ort: Rathaus, Rolandzimmer, Markt 1, 39576 Hansestadt Stendal

Beginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 21:30 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender

Schirmer, Lars

Mitglieder

Faber, Marcus Dr.

Kirchbach, Matthias

Meinecke, Sven

Schober, Marcus

Twartz, Heinz-Jürgen

Zimmermann, Helga

Protokollführerin

Schulz, Annemarie

Gäste

Frau Pietrzak

Frau Fernitz

Frau Pidun

Frau Tüngler

Herr Geffers

Herr Netschajew

Herr Stiehler

Herr Westrum

Herr Schreiber

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung
- 5 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 13.09.2016
- 6 Entschädigungssatzung der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stendal **VI/520**
- 7 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Stendal zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände "Uchte", "Tanger", "Milde Biese" und "Untere Ohre" (Gewässerunterhaltungsbeitragsatzung - GUBS) **VI/527**
- 8 Neubau Imbiss-Pavillon am Tierpark - Beratung/Positionierung zur Entwurfsplanung (siehe Unterlagen Mail vom 19.10.2016)
- 9 Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten und Ortsteile - Grundschule Nord **A VI/033**
- 10 Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile - Kontoerhöhung soziale Vereine **A VI/034**
- 11 3. Änderung der Kostenbeitragsatzung - Kindertageseinrichtungen **VI/514**
- 12 Bericht der Verwaltung
- 13 Anfragen/Anregungen

Nicht öffentlicher Teil

- 14 Genehmigung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift vom 13.09.2016
- 15 Wirtschaftsplan 2017 der Altmark Oase Sport- und Freizeitbad Stendal GmbH **VI/529**
- 16 Bericht der Verwaltung
- 17 Anfragen/Anregungen



Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu TOP 1 Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**
Der Ausschussvorsitzende Herr Schirmer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
- zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung**
Frau Zimmermann merkt an, dass die Vereinsfinanzierung als Tagesordnungspunkt im Finanzausschuss beraten werden müsste. Die Tagesordnung wird festgestellt und bestätigt.
- zu TOP 3 Einwohnerfragestunde**
Herr Stadtrat Schirmer eröffnet die Einwohnerfragestunde. Es sind Einwohner, welche Rederecht beantragt haben, anwesend, diese wünschen jedoch erst Rederecht zum betreffenden Tagesordnungspunkt. Die Einwohnerfragestunde wird wieder geschlossen.
- zu TOP 4 Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht öffentlichen Teil der letzten Sitzung**
Der Ausschussvorsitzende Herr Schirmer informiert, dass in der vorherigen Sitzung keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden.
- zu TOP 5 Genehmigung der Niederschrift**
Dem öffentlichen Teil der Niederschrift vom 13.09.2016 wird mit 5x Ja und einer Enthaltung zugestimmt.
- zu TOP 6 Entschädigungssatzung der Freiwilligen Feuerwehr der Hansestadt Stendal**
VI/520 Frau Fernitz berichtet, dass die letzte Satzung dazu 2009 beschlossen wurde und aus diesem Grund an einer neuen Satzung gearbeitet wurde, die auf dem aktuellen Runderlass des Innenministeriums basiert. (Runderlass zur Aufwandsentschädigung für in ein Ehrenamt oder zu sonstiger ehrenamtlicher Tätigkeit Berufene RdErl. des MI vom 16. 6. 2014 – 31.21-10041 Fundstelle: MBl. LSA 2014, S. 264.)
Der Runderlass ist als Anlage der Beschlussvorlage beigelegt.
Herr Geffers erläutert, dass in der Satzung die Entschädigungen für die Kinderfeuerwehren neu aufgenommen wurden und die Veränderungen, seit der Bildung der Einheitsgemeinde Stendal, in die neue Satzung übernommen worden sind.
Zur Erstellung des Satzungsentwurfes wurde in der FF Stendal eine Arbeitsgruppe gebildet.
(Herr Dr. Faber betritt um 18:08 Uhr den Raum.)
Die neuen festgelegten Werte liegen im Vergleich mittig denen der anderen Kommunen wie z.B. Tangermünde und Osterburg.
In Osterburg beträgt die Entschädigung des Stadtwehrleiters z.B. 200 € u. in



Tangermünde 150 € pro Monat.

Frau Stadträtin Zimmermann spricht sich für die Erhöhung der Werte aus, um der Feuerwehrarbeit mehr Anerkennung zukommen zu lassen. Herr Stadtrat Schober stimmt dem zu, da es sich um eine Pflichtaufgabe der Hansestadt handelt, die von Ehrenamtlichen ausgeführt wird. Er weist darauf hin, dass der Ortschaftsrat Uchtspringe die Vorlage mit 5x Nein abgelehnt hat und über einige Änderungswünsche beraten wurde, er stelle jedoch keinen Änderungsantrag.

Herr Stadtrat Meinecke fragt an, ob die Atemschutzgeräte bei Einsätzen häufiger verwendet werden. Herr Geffers antwortet, dass das Anlegen der Atemschutzgeräte immer häufiger vorkomme, jedoch die Befähigung der Kameraden zum Tragen dieser Geräte dem entgegensteht.

Frau Fernitz erläutert, dass es keiner Regelung über die nicht zu erstattende Arbeitszeit bedarf, da dies bereits in einer Dienstanweisung der Hansestadt Stendal geregelt ist. (hier: DV über die Arbeitszeiten in der Fassung der 2. Änderung zum 01.10.2016 (DV 2014/03.2)).

Herr Stadtrat Twartz macht darauf aufmerksam, dass die Vorschläge von Uchtspringe bei der Erstellung der Satzung mit einbezogen werden sollten.

Herr Stadtrat Schirmer möchte wissen, ob den Selbstständigen bei einer Pauschale in Höhe von 16,- EUR Nachteile entstehen könnten und erteilt den Auftrag an die Verwaltung dies zu prüfen.

(Herr Mehlkopf betritt um 18:24 Uhr den Raum.)

Der Ausschussvorsitzende Herr Schirmer lässt über die Vorlage VI/520 abstimmen. Der Vorlage wird mit 4x Ja, 1x Nein und zwei Enthaltungen zugestimmt.

(Frau Fernitz und Herr Geffers verlassen um 18:29 Uhr den Raum.)"

zu TOP 7 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Hansestadt Stendal zur Umlage der Verbandsbeiträge der Unterhaltungsverbände "Uchte", "Tanger", "Milde Biese" und "Untere Ohre" (Gewässerunterhaltungsbeitragsatzung - GUBS)

VI/527 Herr Stadtrat Dr. Faber fragt an, inwiefern die Größe eines Grundstückes bei der Berechnung berücksichtigt wird. Herr Westrum erläutert, dass circa 60.000 EUR flächenmäßig umzulegen sind.

Herr Stadtrat Schober macht darauf aufmerksam, dass der Verwaltungsaufwand unabhängig von der Größe des Grundstückes bei allen gleich ist. Herr Westrum erklärt, dass es unverhältnismäßig wäre, wenn die Kosten für den Verwaltungsaufwand höher wären, als der eigentlich zu zahlende Beitrag.

Der Ausschussvorsitzende Herr Schirmer stellt die Vorlage VI/527 zur Abstimmung. Der Vorlage wird mit 6x Ja und einer Enthaltung entsprochen.

zu TOP 8 Neubau Imbiss-Pavillon am Tierpark - Beratung/Positionierung zur Entwurfsplanung (siehe Unterlagen Mail vom 19.10.2016)

Herr Westrum erläutert, dass die Maßnahme mit 254TEUR geplant ist. Die Mitglieder des Tiergartenvereins haben sich dafür ausgesprochen, dass ein Gastraum mit eingeplant werden sollte. Daraufhin wurde eine Variante mit 20 Sitzplätzen eingeplant die ca. 453 TEUR kosten würde. Frau Tüngler stellt zudem eine Investorenlösung vor, in der der jetzige Betreiber als Investor agieren würde. Zu beachten wäre bei dieser Lösung das Erbbaurecht. Der Investor bittet bei dieser Variante um längere Öffnungszeiten, da es auch möglich wer-



den soll, dort Feiern stattfinden zu lassen. Dementsprechend wären die Zugänglichkeiten zu klären.

Frau Pidun erklärt, dass die große Variante mit Gastraum und Investor favorisiert wird. Um das Problem der Zugänglichkeit zu klären, könnte eine elektronische Variante von der Stadt finanziert werden und das Eintrittskartensystem müsste überarbeitet werden.

(Herr Netschajew und Herr Stiehler betreten um 18:48 Uhr den Beratungsraum.)

Herr Stadtrat Meinecke merkt an, dass auch beachtet werden sollte, dass sich dort ein Wohngebiet im näheren Umfeld befindet. Zudem muss im Vorfeld darüber nachgedacht werden, was passieren würde, wenn der Betreiber Pleite geht.

Herr Stadtrat Kirchbach fragt an, ob das Grundstück dann nicht ausgeschrieben werden müsste. Herr Stadtrat Schirmer stimmt dem zu, da es sich um einen Verkauf mit einem bestimmten Zweck handelt und dieser rechtssicher durchgeführt werden sollte. Herr Schirmer favorisiert die Ausschreibungsvariante um bei Streitfragen ein rechtlich sauberes Verfahren vorlegen zu können.

(Frau Tüngler und Frau Pidun verlassen um 19:00 Uhr den Beratungsraum.)

zu TOP 9
A VI/033

Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten und Ortsteile - Grundschule Nord

Herr Stadtrat Schirmer verliest einen Brief von der Elternvertretung der Grundschule Nord.

Herr Mehlkopf merkt an, dass ihm die Problematik in der Grundschule Nord bekannt ist, man aber auch Lösungen für Kapazitätsprobleme an anderen Grundschulen, wie z.B. der Petrikirchschule, finden muss. Die vorgeschlagene Containerlösung wäre nur eine Zwischenlösung für etwa 4 Jahre und würde 280 TEUR kosten. Eine andere Variante wäre ein Schulneubau der Petrikirchschule. Diese könnte dann Kinder aus der Grundschule Nord übernehmen. In der Zwischenzeit könnte die Bibliothek als weiterer Klassenraum zur Verfügung stehen. Das wäre günstiger, da für diese Variante keine Nebenräume (Sanitäreinrichtungen) bereitgestellt werden müssten. Eine separate Horteinrichtung soll es nicht geben. Herr Mehlkopf möchte gerne zu einer Veranstaltung einladen, in der beide Konzepte vorgestellt werden.

Herr Stadtrat Schirmer fragt an, ob die geleisteten Fördermittel zurückgezahlt werden müssten, wenn der Hort nicht aufrechterhalten wird. Herr Mehlkopf erläutert, dass bei der Planung der Schule eine Kinderanzahl von 240 prognostiziert wurde. Diese Prognose stellt sich nunmehr als falsch heraus. Jedoch ist der vorgesehene Zweck erfüllt. Des Weiteren werden alle geforderten Kriterien vorgehalten. Das derzeitige Kapazitätsproblem gibt es nur vorübergehend.

Frau Stadträtin Zimmermann empfiehlt sich den Schulentwicklungsplan anzusehen und das Konzept durchzulesen. Die Petrikirchschule sollte geschlossen werden und es müssen Kompromisse eingegangen werden. Die Rechtssicherheit der Fördermittel sollte geprüft werden. Herr Stadtrat Twartz macht darauf aufmerksam, dass es nicht Aufgabe des Stadtrates ist die Einhaltung der vorgegebenen Kriterien zum Erhalt der Fördermittel zu überprüfen.

(Herr Schreiber betritt um 19:17 Uhr den Beratungsraum.)

Herr Stadtrat Meinecke bittet darum, dass den Stadträten bis zum Hauptausschuss ein Variantenvergleich vorgelegt wird.

Der Ausschussvorsitzende Herr Schirmer lässt über die Vorlage A VI/033 abstimmen. Der Vorlage wird mit 2x Ja und 5 Enthaltungen zugestimmt.



zu TOP 10 Antrag Fraktion SPD/FDP/Piraten/Ortsteile - Kontoerhöhung soziale Vereine

A VI/034 Herr Kirchbach berichtet, dass die Vereine ihren Bedarf in Form eines Antrages stellen können. Frau Pietrzak ergänzt, dass nicht alle Vereine diese Chance nutzen, da einige nichts davon wissen.

(Herr Westrum verlässt um 19:29 Uhr den Beratungsraum.)

Frau Stadträtin Zimmermann spricht sich dafür aus, die Möglichkeit der Beantragung von Vereinsgeldern bekanntzumachen.

Herr Stadtrat Twartz möchte diesen Diskussionspunkt auf die Haushaltsdiskussion verweisen. Frau Pietrzak merkt an, dass der Haushaltsplan 2017 entsprechend der mit dem Haushalt 2016 beschlossenen Finanzplanung 2017 ausgeglichen ist und jede Erhöhung zu einer Verzerrung führen würde. Der Ergebnisplan erhöht sich von Jahr zu Jahr stetig.

Herr Stadtrat Dr. Faber befürwortet eine Erhöhung, da ständig riesige Mehraufwendungen beschlossen werden und es sich hierbei nur um einen kleineren Betrag handelt, der den Vereinen zugutekommen soll.

Herr Stadtrat Meinecke möchte diesen Punkt ebenfalls in die Haushaltsdiskussion verschieben. Herr Stadtrat Schirmer hat Bedenken, dass dieser Punkt in der großen Haushaltsdiskussion untergehen könnte.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage A VI/034 zur Abstimmung. Die Vorlage wird mit 2x Ja, 3x Nein und zwei Enthaltungen abgelehnt.

zu TOP 11 3. Änderung der Kostenbeitragssatzung - Kindertageseinrichtungen

VI/514 Herr Mehlkopf erläutert, dass nicht alle genauen Kosten der Freien Träger vorliegen. Zudem will das Land eine Verordnung erlassen, wie die Betriebskosten zu kalkulieren sind. Diese soll im nächsten Jahr erscheinen. Des Weiteren möchte das Land das KiFÖG evaluieren. Aus diesem Grund sieht das Fachamt von einer Kostenerhöhung ab.

Herr Stadtrat Kirchbach fragt an, warum dann eine neue Satzung erlassen werden soll. Herr Mehlkopf berichtet, dass die vorherige Satzung ausläuft. Herr Stadtrat Kirchbach macht darauf aufmerksam, dass anhand dieser Kalkulation der Stadt Mehrkosten in Höhe von 260 TEUR entstehen, die der Stadtrat beschließen muss. Herr Mehlkopf verdeutlicht, dass es bei einer Beitragserhöhung zu Klagen kommen kann und eine konkrete Kalkulation derzeit nicht möglich ist. Frau Pietrzak merkt an, dass zum Ausgleich eines Haushaltsdefizites zuerst die Gebühren erhöht werden müssten. Erst dann kommen Steuererhöhungen oder Kreditaufnahmen in Frage. 42% Elternbeitrag sind gemessen an dem vom Land vorgegebenen höchstmöglichen Beitragssatz zu wenig.

Herr Stadtrat Meinecke verdeutlicht, dass man im Vergleich zu anderen Kommunen mit 50% Spitzenreiter wäre.

Herr Stadtrat Kirchbach fragt an, warum die Kalkulation nicht auf die Istkosten von 2016 basieren kann. Herr Mehlkopf erläutert, dass ab 2017 rechtssichere Verträge vorliegen. Sollten diese Verträge vorliegen wird zeitnah an einer neuen Kalkulation gearbeitet. Herr Stadtrat Schirmer bittet die Verwaltung diese Kalkulation dem Stadtrat dann unaufgefordert vorzulegen.

Herr Stadtrat Meinecke fragt an, ob die 260 TEUR Mehrkosten im Haushaltsplan enthalten sind. Frau Pietrzak antwortet, dass diese Kosten noch nicht im Haushaltsplan berücksichtigt sind.



Der Ausschussvorsitzende Herr Schirmer lässt über die Vorlage VI/ 514 abstimmen. Der Vorlage wird mit 6x Ja und einer Enthaltung zugestimmt.

zu TOP 12 Bericht der Verwaltung

Frau Pietrzak berichtet, dass im Haupt- und Personalausschuss eine Vorlage zum Thema Umsatzsteuerrecht vorgelegt wird.

(Herr Mehlkopf verlässt um 20:30 Uhr den Beratungsraum.)

Herr Stadtrat Kirchbach wünscht, dass bei der nächsten Finanzausschusssitzung der Quartalsbericht des Theaters in der Tagesordnung aufgeführt wird. Zudem soll der Quartalsbericht den Stadträten beim nächsten Mal früher vorgelegt werden. Herr Netschajew bittet zu prüfen, ob allen der Quartalsbericht zugegangen ist und verliest den Bericht.

Herr Stadtrat Meinecke regt an, dass der dem Theater zugewiesene IT Mitarbeiter auch dort vollständig budgetiert werden muss. Herr Stadtrat Schober fragt nach, wo das Geld für den zusätzlichen Mitarbeiter herkommt. Frau Pietrzak antwortet, dass die personellen Veränderungen unter der Voraussetzung genehmigt wurden, dass das Budget einzuhalten ist. Herr Netschajew antwortet, dass das Budget eingehalten wurde. Das Defizit ergibt sich aus den nicht eingeplanten Tariferhöhungen. Herr Stadtrat Dr. Faber erwidert, dass das Budget nicht eingehalten wurde, wenn von der Stadt ein weiterer Betrag zum Ausgleich verlangt wird, unabhängig davon, wodurch sich das Defizit ergibt. Das Theater kann nicht jedes Jahr das Budget überschreiten. Herr Netschajew bittet dann um eine konkrete Vorgabe, was das Theater leisten soll. Herr Stadtrat Schober merkt an, dass man sich bei einer ständigen Budgetüberschreitung die Frage stellen muss, ob man sich das Theater noch leisten kann, da jedes Jahr eine Diskussion zu dieser Thematik geführt wird. Herr Netschajew antwortet, dass am Jahresanfang bereits bekannt war, dass die Tariferhöhungen nicht geplant waren. Herr Stiehler erläutert, dass zuerst ein Plan aufgestellt werden muss, was ein Theater real kostet. An diesen Plan muss sich dann gehalten werden. Der IT Mitarbeiter wurde gebraucht. Im Moment wird sehr viel für das Theater getan. Die Effekte die sich daraus ergeben, werden aber erst später sichtbar.

Herr Stadtrat Kirchbach bewertet es als positiv, dass endlich eine Kostenkalkulation beim Theater durchgeführt wird. Dem Theater eine Vorgabe zu geben, was es zu leisten hat, wäre der falsche Ansatz. Es ist lediglich darauf zu achten, dass das vorgegebene Budget eingehalten wird. Das Theater wird durch einen hohen Anteil an freiwilligen Leistungen finanziert, wofür sich die Stadt rechtfertigen muss. Frau Pietrzak erläutert, dass sich die Überschreitung der Personalkosten im Haushaltsjahr 2015 in Höhe von 454 TEUR aus Einmaleffekten, wie die Rückstellung für leistungsorientierte Vergütung und einer Verkürzung eines Altersteilzeitvertrages, ergibt. In 2016 wurden dennoch nur 10 TEUR weniger Personalkosten geplant als die Istkosten 2015 ergeben haben. Aus diesem Grund könnte man die Tariferhöhungen schon als Bestandteil des Haushaltsplans 2016 sehen.

Herr Stadtrat Twartz merkt an, dass sich das Theater auf den richtigen Weg befindet und das diesjährige Jahresergebnis sich schon etwas gebessert hat. Bei der nächsten Planung sollte darauf geachtet, dass die Tariferhöhungen mit einkalkuliert werden. Ein weiterer Zuschuss über das geplante Budget hinaus ist dann nicht mehr akzeptabel.

Herr Stiehler erläutert, dass es voraussichtlich Mehreinnahmen geben wird und auch Einsparungen im Mehrkostenbereich möglich wären, da vorsichtig kalkuliert wurde.

Frau Stadträtin Zimmermann spricht sich dafür aus, dass Unstimmigkeiten, wie



die Aufteilung der Personalkosten, geklärt werden, um einer schlechten Atmosphäre vorzubeugen.

Herr Stadtrat Dr. Faber schlägt vor bei budgetbelastenden ansteigenden Personalkosten weniger Vorstellungen zu produzieren. Herr Netschajew erläutert, dass weniger Vorstellungen keine Einsparungen bedeuten, da durch die Vorstellungen Einnahmen generiert werden. Herr Stadtrat Schirmer wünscht die Einberufung einer Sondersitzung zum Thema Theater. Im Januar/Februar soll dann ein Vorschlag für die Höhe den Budgets gemacht werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Schirmer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:11 Uhr.

(Herr Netschajew, Herr Stiehler und Herr Schober verlassen den Beratungsraum.)

zu TOP 13 Anfragen/Anregungen
-entfällt-



Lars Schirmer
Vorsitzender



Annemarie Schulz
Protokollantin

